

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bewußtsein unserer Ohnmacht wie einem Verhängnis zuschauen? Oder sollen wir wie R. Haller an einen Aufstieg des Abendlandes glauben? Der Blick auf die Natur, zu der denn doch auch die Menschen gehören, möge vor Verzweiflung wie Hoffnung bewahren. Die Natur entwickelt sich allen äußern Stürmen zum Trotz organisch, sie macht keine Sprünge. Ein Erdbeben zerstört Gebiete, Überschwemmung und Trockenheit, Insekten und Pilze hindern das Wachstum organischen Lebens, aber dazwischen reifen immer wieder bescheidene Feldfrüchte, und Tag und Nacht, Sommer und Winter wechseln wie vor alten Zeiten. Kein Kapitalismus vermag einen Apfelbaum zu erzeugen; wenn er aber blüht und fruchtet, so tut er es unbefangen in Republiken wie Monarchien, unter Aktion und Reaktion.

Weise sind wohl jene, die in Aktionen zurückhaltend sind und von ihnen nichts erhoffen, anderseits aber auch gar nicht zu „reagieren“ brauchen, weil sie das einzig Beständige und Unabänderliche längst im Wesen der Natur und des Keimnenschlichen gefunden haben. Goethe war einer dieser Weisen, Feind der „Aktion“, ohne „reaktionär“ zu sein. Er, der Protestant, ging so weit, zu bedauern, daß Luthertum organische Bildung zurückgedrängt habe. Weise war der Denker Lichtenberg. Einer seiner zum Nachdenken auffordernden Sätze möge unsere Andeutungen beschließen: „Das Traurigste, was die französische Revolution für uns bewirkt hat, ist unstreitig, daß man jede vernünftige und von Gott und Rechts wegen zu verlangende Forderung als einen Keim von Empörung ansehen wird.“ Ist, wer so spricht, revolutionär oder reaktionär? Oder ist er ein drittes, höheres?

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Der bundesrätliche Bericht über die IV. Völkerbundsversammlung. — Zum Zonenkonflikt. — „Verschweigerung“. — Aus der südlichen Wetterrede. — Wilson und die schweizerische Neutralität. — Das Verhältnis zu Rußland. — Das Ergebnis des 17. Februar. — Das Wirtschaftsjahr 1923. — Staatsbürgerliche Erziehung.

In diesen Wochen treten die Kommissionen des National- und Ständerates zur Überprüfung des bundesrätlichen Berichtes über die IV. Völkerbundsversammlung zusammen, und in der am 24. März beginnenden Frühjahrssession der Bundesversammlung wird sich der Ständerat, vielleicht auch der Nationalrat mit diesem Gegenstand zu befassen haben. Der Bericht des Bundesrates (datiert vom 17. Dezember 1923) gibt, wie üblich, die Instruktionen wieder, die der schweizerischen Delegation für Genf mit auf den Weg gegeben wurden. Diese dürften sich ungefähr in der Richtung halten, wie sie anläßlich der Behandlung des Berichtes über die III. Versammlung im Juni vergangenen Jahres im Nationalrat gewünscht worden ist: Reserve in der aktiven Völkerbundspolitik, ja Abstinenz davon. Die schweizerischen Vertreter sollen nicht stürmisch das Eingreifen des Völkerbundes in die brennenden europäischen Fragen verlangen, sondern höchstens auf dessen Wünschbarkeit hinweisen; sie

sollen für die Universalität des Bundes nur eintreten, wenn entsprechende Eintrittsgesuche vorliegen; auf die Demokratisierung des Bundes, d. h. die Rechenschaftsablegung des Rates an die Versammlung sollen sie nicht drängen, sondern die Großmächte machen lassen, was sie wollen; die schweizerische Delegation soll sich für den Abbau der lästigen Bestimmungen des Völkerbundspaktes einsetzen (Art. 10) und die Übernahme neuer Verpflichtungen (Garantiepakt) ablehnen.

Die Delegation ihrerseits hat sich, wie aus dem Bericht hervorgeht, in Genf an diese Instruktionen gehalten. Der Rat hat eine Art Bericht über seine Tätigkeit vorgelegt; die Versammlung hat sich in einer „ganz allgemeinen Aussprache“, ohne „Eintreten auf die einzelnen Entscheidungen“ (Saarstandal u. s. w.), dazu geäußert. In dem eben ausgebrochenen griechisch-italienischen Konflikt „konnte die Versammlung als solche (wie der Bericht sich ausdrückt) nicht dazu berufen sein, sich unmittelbar an der Regelung des Konfliktes zu beteiligen“. Die ganze übrige Tätigkeit der Versammlung in den vier Wochen ihres Zusammenseins beschränkte sich auf die Neuwahl der sechs nichtständigen Ratsmitglieder, die Aufnahme Irlands und Ethiopiens, die Annahme einer „auslegenden Resolution“ betreffs Art. 10, die Verschiebung aller weiteren Beschlüßfassungen, auch derjenigen über den Garantiepakt, auf die V. Versammlung, und die Aufforderung an den Generalsekretär, für die Ratifizierung der seit zwei Jahren beschlossenen Satzungsänderungen durch die Mitglieder Sorge zu tragen. Als Haupterfolg der schweizerischen Delegation bucht der Bericht denn auch die bei verschiedenen Gelegenheiten vom Stapel gelassenen, von warmer Hoffnung und guter Zuversicht in die segensreiche Zukunft des Bundes getragenen Reden des Chefs der Delegation.

Es liegt uns fern, Herrn Motta zu mißgönnen, wenn er sich in Genf an seinen rednerischen Erfolgen sonnen kann. Wir halten das aber für seine persönliche Angelegenheit und könnten uns einen Bericht des Bundesrates, in dem der Bundesversammlung über einen wichtigen Teil unserer Außenpolitik Rechenschaft abgelegt wird, sehr gut ohne die Hinweise darauf denken. Mit Außenpolitik hat das nichts zu tun. Richtig ist allerdings, daß außer Herrn Mottas Reden (mit Ausnahme eines Punktes, auf den wir sogleich zurückkommen) schweizerischerseits eine Betätigung in Genf nicht stattfand. Das stimmt mit den von der Bundesversammlung gewünschten Richtlinien überein und wir begrüßen es. Nur wird man angesichts dieser Tatsache mit Recht die Frage stellen, die auch im Nationalrat vom vergangenen Juni gestellt wurde: ist das die Opfer, die wir der Zugehörigkeit bringen, wert? Wiegt der Umstand, daß wir unserm Außenminister alljährlich die Genugtuung verschaffen, sich in Genf reden zu hören, die halbe Million Franken und mehr, die wir im Jahre dafür bezahlen, und die Gefährdung unserer außenpolitischen Stellung durch die „Differenzierung“ unserer Neutralität zugunsten der Völkerbundsgroßmächte und die Gefahr der Verstrickung in ihre Händel wirklich auf?

Bei der einzigen Stellungnahme, zu der unsere Delegation dieses Jahr in Genf gezwungen wurde und die in hohem Maße eine Bekundung unseres außenpolitischen Willens bedeutet, bei der Stellungnahme zu dem geplanten Garantiepakte, hat unseres Erachtens unsere Delegation und ihr Auftraggeber, der Bundesrat, versagt. Der Bericht des Bundesrates widmet der Frage des Garantiepaktes einige besondere Seiten, denen wir folgende Leitsätze entnehmen:

„Es ist zunächst unbestreitbar, daß durch diesen Vertrag ein ganz neues Prinzip, dasjenige der militärischen Garantien, in das System des Völkerbundes hineingetragen würde.

„Der Gedanke der gegenseitigen militärischen Garantien findet im Völkerbunds-pakt selbst weder in Art. 8, noch — nach der richtigen Auslegung — in Art. 10 Ausdruck.

„Indessen kann nicht behauptet werden, daß das System von Garantien mit dem Völkerbunds-pakt in Widerspruch steht und infolgedessen einzelne Bestimmungen desselben aufhebt oder abändert.“

Es war schon bei der Beitrittskampagne eine umstrittene Frage, ob es von uns nicht töricht sei, wenn wir, die wir an der Abfassung des Paktes

nicht irgendwie beteiligt waren und aller Machtmittel entbehrten, unserer Auffassung zur Geltung zu verhelfen, diejenigen Bestimmungen des Paktes, die uns ungünstig waren, einfach in dem uns günstigen Sinne interpretierten und uns bei dieser „richtigen Auslegung“ beruhigten. Wir sind daher der Meinung, daß — trotz der „richtigen Auslegung“ des Artikels 10 durch den Bundesrat — der Gedanke der gegenseitigen militärischen Garantie von Anfang an in Art. 10 im Völkerbundsvertrag enthalten war und daß daher die Schaffung eines besonderen Systems von Garantien, wie der Garantiepakt es schaffen will, nichts grundsätzlich Neues in den Völkerbundsvertrag hineinbringt. Aber allerdings bedeutet dieser Garantiepakt eine solche Weiterbildung und einen solchen Ausbau des im Art. 10 enthaltenen Gedankens, daß der Widerspruch, der von jeher zwischen ihm und dem Völkerbund als einer reinen Rechtsinstitution bestanden hat, einfach unverträglich wird. Wie ein militärisches Bündnisystem, in dessen Dienst man den Völkerbund stellen will, mit der Vorstellung eines Völkerbundes als einer internationalen Rechtsinstitution nicht im Widerspruch stehen soll, wie der Bundesrat in seinem Bericht behauptet, ist uns offen geblieben unerfindlich.

Auf was die Verfechter dieses Garantiepaktes hinauswollen, kann auch dem Bundesrat nicht verschlossen sein. Frankreich hat nur dann Aussicht, den durch die Verträge der Pariser Friedenskonferenz geschaffenen Gebietszustand gegenüber allfälligen gewaltsamen Abänderungsversuchen aufrecht zu erhalten, wenn es und seine Verbündeten über eine äußerste militärische Bereitschaft verfügen. Jede allfällige Auflehnung muß im Keime erstickt, jede Organisation feindlicher Kräfte im Augenblick der Entstehung zerschlagen werden können, alle strategisch wichtigen Punkte und Verbindungen in kürzester Zeit im Besitz seiner oder seiner Verbündeten Truppen sein. Dem Bündnisystem Frankreichs mit Belgien, Polen und der Kleinen Entente diese militärische Schlagfertigkeit zu verleihen, soll nun der Garantiepakt dienen. Die darin vorgesehenen Sonderabkommen stellen die militärische Bereitschaft der Gliedstaaten für bestimmte Fälle bis in alle Einzelheiten fest. In Art. 3 wird schon die bloße Drohung einer Gefahr als genügender Grund für das Inkrafttreten der vorgesehenen Kriegsmaschinerie bestimmt. Der Präventivkrieg, der die Aufstellung feindlicher Kräfte schon in ihren Anfängen verunmöglichen soll, erhält so internationale vertragliche Billigung. Dieses ganze militärische System soll unter die Obhut des Völkerbundes gestellt werden, einmal, weil alle Folgerungen daraus dann von vorneherein international gerechtfertigt erscheinen, und dann, weil die Berufung auf die Solidaritätspflichten der einzelnen Völkerbundsmitglieder die Einbeziehung von Staaten in den Konflikt erleichtert, die an sich nicht dem Bündnisystem angehören, deren strategische Bedeutung aber ihre Einbeziehung fordert. Die Schweiz bildet im heutigen französischen Bündnisystem eine wichtige strategische Verbindung. Wir möchten immer und immer wieder auf die Feststellung der bundesrätlichen Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund hinweisen, daß im Frühjahr 1919 in Paris von „gewissen militärischen Kreisen“ so großer Wert auf die Möglichkeit des Durchzuges von Völkerbundstruppen (!) durch das Gebiet der Schweiz gelegt worden ist. Wir haben laut Londoner Deklaration das Recht, jeden Durchzug von fremden Truppen zu verweigern. Frankreich leitet, wie wir beim Verlangen der Durchzugsgestattung für die Wilna-Truppen erfahren haben, aus unserer Solidaritätspflicht als Völkerbundsmitglied für sich das Recht zum Durchzug ab. Darin liegt die große Schwächung unserer internationalen Stellung durch den Beitritt zum Völkerbund, daß Frankreich den Schein dieses Rechts besitzt. Ein anderer Teil des Versailler Vertrages, Art. 435, hat ihm den Schein des Rechts zur Aufhebung der Genfer Zonen verliehen. Als der Augenblick gekommen war, hat es die Zonen, gestützt auf diesen Schein, aufgehoben.

Der Bundesrat tröstet sich damit, daß wir dem Garantiepakt nicht beitreten. Daß wir das nicht tun, ist selbstverständlich. Er tröstet sich aber weiter damit, daß der Garantiepakt überhaupt nicht zustande komme. Der Garantiepakt tritt aber laut seinem Art. 18 für Europa in Kraft, wenn er von fünf

Mitgliedern, worunter drei Ratsmitgliedern, ratifiziert ist. Mitglieder des Rats sind augenblicklich u. a. Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei. Die beiden andern Mitglieder dürften sich unschwer finden. Wenn also die nächste Versammlung in Genf den Garantiepakt nicht gründlich verwirft, fehlt nichts zu seinem Inkrafttreten. Wenn aber alle Delegationen, aus Angst, Frankreich ungeschicklich zu sein, stillschweigen, wie die schweizerische, anstatt sich aufzulehnen gegen dieses für den europäischen Frieden und die Unversehrtheit der Schweiz im Falle eines Krieges gleich gefährliche Nachwerk, dann kommt es in Genf zu keiner Verwerfung.

Es will uns oft den Eindruck machen, als ob man bei uns an leitender Stelle den Dingen immer nur die rosige Seite abgewinnen will. Vielleicht kommt ja alles gut. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß es weniger gut kommt, ist doch auch sehr groß. Die heutige Hegemoniemacht in Europa wird ihre Macht nicht freiwillig abtreten. Je mehr aber ein Ring von Staaten sich gegen sie zusammenschließt, desto mehr wird sie darauf bedacht sein, mit Hilfe ihrer militärischen Überlegenheit und Schlagfertigkeit die Organisation feindlicher Kräfte an einer schwachen Stelle überraschend zu treffen, bevor ihr die Schlinge unentrinnbar um den Hals liegt.

Dürfen wir hoffen, daß die Bundesversammlung, bei Anlaß der Aussprache über die IV. Völkerbundsversammlung, sich — dem mehrheitlichen Volkswillen Ausdruck verleihend — auch über diese allgemeinen Fragen unserer Außenpolitik aussprechen wird?

* * *

Der Zonenkonflikt! Am 14. Februar ist die schweizerische Antwort auf die französische Note vom 22. Januar nach Paris abgegangen. Was darin steht, ist uns — „im Interesse des Meinungsaustrausches und gemäß den Gepflogenheiten“, wie bundesrätlicherseits verlautbart wird — nur in einem kurzen Auszug bekannt gegeben worden. Auch den Wortlaut der französischen Note hat man der Öffentlichkeit vorenthalten. „Gemäß den Gepflogenheiten“, sagt der Bundesrat. Welchen Gepflogenheiten? Seit dem 18. Februar vorigen Jahres war sonst die Gepflogenheit gerade die, die Öffentlichkeit jeweils genau auf dem Laufenden zu halten, um sich auf sie gegenüber den französischen Annahmen (Verlangen der Nichtachtung der Volksabstimmung) stützen zu können. Warum jetzt wieder die Rückkehr zu den Gepflogenheiten vor dem 18. Februar, gegen die seit den Erfahrungen der vergangenen Jahre im Volke begründeterweise einiges Mißtrauen besteht? Fürchtet man die öffentliche Kritik und glaubt, sich ihr entziehen zu können, indem man wieder mit verdeckten Karten spielt? Oder aber — und das ist nach den wenigen Andeutungen, die gemacht worden sind, zu schließen, das wahrscheinlichste — ist der Inhalt der französischen Note so, daß man es wegen der zu befürchtenden Volks-erregung einfach nicht wagt, ihn bekannt zu geben?

Wir sind überzeugt, daß die schweizerische Antwort ein hohes Kunstwerk juristischer Durchsichtigkeit darstellt. Wer einen Prozeß gewinnen will — und für Herrn Motta ist die Zonenfrage lediglich noch eine Art Prozeß —, muß alle denkbaren juristischen Erwägungen anstellen. Aber wir können uns nicht vorstellen, in was sie sich inhaltlich von der schweizerischen Note vom 12. November vorigen Jahres unterscheiden soll. Desgleichen können wir uns nicht vorstellen, in was sich die nächste Antwort Poincares auf diese Note von seiner letzten Antwort vom 22. Januar auf unsere Note vom 12. November unterscheiden wird. Dagegen stellen wir fest, daß am 10. November Frankreich unter Rechtsbruch die Zonen aufgehoben hat und zur wirtschaftlichen Belagerung Genfs geschritten ist; daß am 12. November die schweizerische Regierung in einer Note Protest dagegen erhoben hat; daß zehn Wochen später eine negative französische Antwort eingelaufen ist, und daß drei Wochen darauf die schweizerische Regierung wiederum eine, inhaltlich der ersten gleiche Antwort nach Paris hat abgehen lassen. Gegen den Frühsommer sind wir dann vielleicht im Besitz der französischen Antwort darauf. Wenn unser politisches Departement sich weiterhin von so viel „Ruhe und Vertrauen“ leiten läßt, wie

bisher, werden wir zweifellos am nächsten 10. November, dem ersten Jahrestag des Verlustes der Zonen, genau so weit sein wie am 10. November 1923, als die französischen Zollbrigaden vor Genfs Tore rückten.

Unterdessen scheint man in Frankreich zur weiteren Einschüchterung der Schweiz mit größerem Geschütz aufzufahren — die letzte französische Note hat wohl schon in diesen Bereich gehört. Man hat in den letzten Wochen in Frankreich Äußerungen zu lesen bekommen, deren Bedeutung man zwar nicht überschätzen soll, die aber in ihrer Unverfrorenheit andeuten, daß wir uns noch auf allerhand gefaßt machen können. Da die Verträge von 1815 nicht mehr existieren — so kann man beispielsweise in der angesehenen Pariser „Nouvelle Revue“ lesen —, müsse die Schweiz Frankreich die Ajoie wiedererstaten, dieses im Herzen französische Land, das sie ungerechterweise im Besitz habe; mit diesem Preis müßten wir das Schiedsgericht über die Zonen bezahlen. (Wir empfehlen diesen Aufsatz der „Nouvelle Revue“ — Nummer vom 1. Februar —, der auch in mancher anderer Hinsicht interessant ist, unsern Lesern ganz besonders.) Die „Tribune de Paris“ geht noch ein Stück weiter, stellt die Behauptung auf, Genf habe 1813 durchaus französisch sein wollen und sei nur durch die Österreicher gezwungen worden, sich von Frankreich loszutrennen; wahrscheinlich, um ihm heute die Rückkehr zu erleichtern, schlägt das Blatt die Besiznahme von Coppet durch Frankreich vor. So will man uns also das Grufeln beibringen!

* * *

In der zweiten Januar-Nummer von „Wissen und Leben“ wundert sich Bernhard Dernburg über einen vom Präsidenten der interalliierten Rheinlandkommission, Herrn Tirard, mit Bezug auf die künftige staatliche Gestaltung des linken Rheinuferes und Ruhrgebietes gebrauchten Ausdruck „Verschweizerung“. Wie Herr Tirard nur dazu kommen könne, das, was er mit dem Rhein- und Ruhrgebiet beabsichtige — seine Losreißung vom Reich und seine politische Entrechtung durch Zulassung nur beratender Körperschaften, seine wirtschaftliche Indienststellung für die Zwecke der französischen Wirtschaftspolitik, seine militärische Wehrlosmachung, die Besiznahme seiner Verkehrswege und Verkehrsmittel durch französische Truppen u. s. w. — als „Verschweizerung“ zu bezeichnen, wo doch der schweizerische Staat wie kaum ein anderer ein Staat eigenen Rechtes, wo die schweizerische Wirtschaftspolitik doch vollständig autonom sei, wo die schweizerischen Verkehrswege im vollen Besitze des Landes und alle Bürger mann- und wehrhaft seien? Wenn Herr Dernburg sich die Mühe nimmt, ein wenig in der französischen und schweizerischen Geschichte zu blättern, wird er finden, daß die leitenden Geister Frankreichs, wenn Frankreich die Vorherrschaft in Europa inne hatte, mit Vorliebe sich ungefähr diese Vorstellung von der Schweiz machten, die sie sich heute von den Gebieten am mittleren und unteren Rhein machen: die Schweiz ein strategisches Vorland Frankreichs, darum militärisch wehrlos; „neutral“, bezw. neutralisiert zu Frankreichs Gunsten; ihre Verkehrswege und Verkehrsmittel im Besiz oder unter dem Zugriff französischer Truppen, wirtschaftlich und politisch in französischer Abhängigkeit. Der Begriff „Verschweizerung“ hat also seinen geschichtlich begründeten Sinn und seine Übertragung auf die Gebiete des mittleren und unteren Rheins, die genau so strategisches Vorland der Hegemoniemacht Frankreich sind wie die Schweiz, ist durchaus sinngemäß. Der geschichtliche Verlauf war allerdings der, daß die „Verschweizerung“ am Mittel- und Unterrhein begann und erst einige Jahre nachher auf unser Land ausgedehnt wurde. Ob das auch jetzt wieder der Fall sein wird, hängt wesentlich von dem Ausgang des Kampfes ab, der nun seit fünf Jahren um den Rhein tobt. Immerhin sind die Ansätze zur „Verschweizerung“ auch der Schweiz seit 1918 deutlich vorhanden, so in der „Differenzierung“ der schweizerischen Neutralität zugunsten der Völkerbundsgroßmächte, in der Einengung unserer Verkehrsfreiheit durch die geplante Rheinsperre bei Basel, im Abbau der um Genf gelegten Sicherungen, politisch in der Anfechtung von Entscheiden schweizerischer

Volkstimmungen, wie z. B. derjenigen über das Zonenabkommen, u. s. w. u. s. w.

* * *

In der südlichen Wetterecke hat es natürlich kürzlich wieder zu „Vorfällen“ kommen müssen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es irgendwem jenseits der Alpen nicht wohl ist, wenn in unserem südlichen Landesteil alles seinen geordneten und ruhigen Gang geht, so wie es in den natürlichen Verhältnissen begründet wäre. Bald muß ein sozialistisches Blatt in einer Art das Maul über Mussolini aufreißen, daß das Nachbarland sich in der Beleidigung seines (faktischen) Staatsoberhauptes selbst beleidigt fühlt. Bald schändet ein von unsichtbarer Hand geführter Hammer ein (notwendigerweise?) auf schweizerischem Boden errichtetes italienisches Kriegerdenkmal und ruft damit dem Protest italienischer Vereine in der Schweiz. Geht das so weiter, dann ist in zwanzig Jahren natürlich auch der letzte Reichs-Italiener von der Bedrohung der italienischen Kultur im Tessin überzeugt.

* * *

Anläßlich des Todes von Wilson hat man da und dort in unserer Presse lesen können, wie sehr die Schweiz Amerika und seinem damaligen Präsidenten zu Dank verpflichtet sei, daß sie uns in den letzten Jahren des Weltkrieges nicht hätten verhungern lassen, trotzdem wir es gewagt hätten, die Aufforderung Wilsons vom Februar 1917, unsere Neutralität aufzugeben und auf Seite der Verbandsmächte in den Krieg einzutreten, abzulehnen. Über diese Dankespflicht wollen wir uns hier in keine weitere Erörterung einlassen. Immerhin stellen wir fest, daß wir alles, was wir bezogen haben, richtig bezahlten. Wir möchten bloß bei dieser Gelegenheit diesen einzigen offiziellen Versuch einer kriegsführenden Großmacht, uns von unserer neutralen Haltung im Weltkrieg abzubringen, in Erinnerung rufen. Unsere politische Leitung war damals (in erster Linie dank unserem Generalstab) noch in festen Händen. Erst drei Jahre später nach Kriegsschluß hatte Wilson die Genugtuung (die er allerdings kaum mehr empfunden haben wird, da sein eigenes Land nun nicht mehr mitmachte), uns seiner Aufforderung zum Anschluß an die „Sache der Gerechtigkeit“ durch unsern Beitritt zur „Gesellschaft der alliierten und assoziierten Nationen“ Folge leisten zu sehen.

* * *

Die Anerkennung der Sowjetregierung durch England und Italien, der auch diejenige kleiner Staaten wie Norwegen und Österreich zu folgen scheint, gibt neuerdings verschiedenen Leuten bei uns Anlaß, sich hinter den Ohren zu kratzen. Die Schweiz hat sich bisher unter Anführung des welschen Landesteiles in ihrem Verhältnis zu Rußland bewußt oder unbewußt durch die französische Politik bestimmen lassen. Vorwiegend unter dem Einfluß Frankreichs und der welschen Schweiz hat seit 1918 unsere bürgerliche Presse mit wenig Ausnahmen das revolutionäre (und „verräterische“) Rußland in alle Böden hinein schlecht gemacht, ohne zu überdenken, daß wir mit einem so oder so beschaffenen Rußland früher oder später, in erster Linie aus handelspolitischen, aber auch aus außenpolitischen Gründen wieder in Beziehung treten müssen. Das bemühende Urteil des Lausanner Gerichts im Worowski-Conradi-Prozeß hat dann in der deutschen Schweiz bereits vielen Leuten die Augen geöffnet, zu was dieses unüberlegte Treiben führen muß. Und heute dämmert es manchenorts, wie man aus allerhand Äußerungen der Presse entnehmen kann, daß es eigentlich gescheiter wäre, wenn wir unsere Beziehungen zu Rußland nicht so gründlich verfuhrwerkelt hätten.

* * *

Das Ergebnis der Abstimmung über die Revision des Fabrikgesetzes vom 17. Februar — 430,000 Nein gegen 320,000 Ja — hat,

obchon nicht unerwartet, wenn man auch kaum mit einer so starken Berwerfung und einer so starken Beteiligung (durchschnittlich 76 %) rechnete, in der Presse mancherlei nachdenklichen Kommentaren gerufen. Innerhalb zweier Jahre habe das Volk nun viermal — Umsturzesgesetz, Zonenabkommen, Alkoholvorlage, Fabrikgesetz — verworfen, was die Volksvertretung, die Bundesversammlung gutgeheißen hatte. Daraus müsse man wohl oder übel den Schluß ziehen, daß das Parlament nicht mehr der Ausdruck des wirklichen Volkswillens sei. Daß das in Bezug auf die Außenpolitik nicht mehr der Fall ist, ist in unsern Heften seit ihrem Erscheinen zum Ausdruck gebracht und durch das Ergebnis der Abstimmung über das Zonenabkommen vom 18. Februar vorigen Jahres mit aller wünschbaren Deutlichkeit erwiesen worden. Beinahe auf ein Jahr genau später, jetzt am 17. Februar, hat die Abstimmung über die Revision des Fabrikgesetzes dargetan, daß das auch für Fragen der inneren Politik gilt. Es funktioniert etwas in unserm parlamentarischen Staate nicht mehr recht.

Man will vielenorts der Einführung der Verhältniswahl die Schuld an dieser „Krisis unseres Parlamentarismus“ geben, indem diese eine weitere Zerspaltung der Parteien zur Folge gehabt habe. Das ist zum Teil richtig. Aber die Annahme der Verhältniswahl war schließlich auch nur die Folge der schon weit fortgeschrittenen Zerfegung bisheriger Parteien und der Bildung neuer Interessengruppen und Gesellschaftsschichten. Die Krisis unseres Parlamentarismus ist die Krisis derjenigen Partei, die ihn vor bald einem Jahrhundert in den Kantonen, dann, vor 75 Jahren, im Bunde geschaffen hat und bis heute sein vornehmlichster Träger war, der freisinnigen Partei. Der parlamentarische schweizerische Bundesstaat ist aus der Auseinandersetzung zweier Parteien hervorgegangen, eben der freisinnigen und der katholisch-konservativen. Bei dieser Auseinandersetzung blieb die erstere — unter Anwendung von Gewalt — unbestrittener Sieger. Sie hat ihre Stellung unbestritten bis vor wenigen Jahrzehnten gehalten, bis die Abspaltung der sozialdemokratischen Partei von ihr begann, der in den letzten Jahren diejenige der Bauern-Partei gefolgt ist, so daß an Stelle der ehemals einen geschlossenen Mehrheitspartei jetzt drei Mittelparteien neben der sich gleichgebliebenen katholisch-konservativen Partei bestehen. Mit dem Vorhandensein dieser vier Hauptparteigruppen, von denen keine doppelt so stark ist als eine andere, fällt das richtige Funktionieren des parlamentarischen Systems dahin, um so mehr, als diese Gruppen nach gänzlich verschiedenen Gesichtspunkten gegründet sind: nach rein weltanschaulichen die katholisch-konservative, nach vorwiegend staatlichen die freisinnige, nach ausschließlich wirtschaftlichen die sozialistische und die Bauern-Partei.

Infolge der unter ausländischem Einfluß angenommenen revolutionären Mäuren der sozialistischen Partei schlossen sich allerdings in den letzten Jahren die drei andern Parteien zu einem bürgerlichen Block zusammen. Dieser hat aber nie mehr als Gelegenheitsbedeutung gehabt, und wenn es auch von Partei wegen verpönt ist, daß eine „bürgerliche“ Partei mit der sozialistischen zusammengeht, so haben eben die letzten Volksabstimmungen gezeigt, daß sich die Wähler nicht mehr an diese künstlichen Konstruktionen der Parteien halten. Das Problem, an dem die Schweiz heute leidet und das durch die Abstimmung vom 17. Februar weiten Kreisen erst zum Bewußtsein gebracht worden ist, ist das nämliche, an dem die gesamte europäische Staatenwelt leidet: das Problem der Bildung eines einheitlichen (das ist besonders zu betonen) Mehrheitswillens, auf den sich der Staat zur Erfüllung seiner Funktionen stützen kann. Je nachdem man an die Möglichkeit glaubt, trotz unserer zerrissenen Kultur der Gegenwart auf organischem Wege die überwiegende Mehrheit einer Volksgemeinschaft wieder in eine einheitliche Welt-, Lebens- und Staatsanschauung zu vereinigen, wird man die Lösungen, mit denen der Willenszersplitterung in Italien und der mangelnden Willensbildung in Rußland durch die Diktatur einer entschlossenen Minderheit begegnet worden ist, nur als Übergangs- oder als Dauerlösung betrachten. Daß es keine Lösung bedeutet, zum Zwecke der Mehrheitsbildung der Reihe nach alle möglichen Kom-

inationen der vorhandenen parlamentarischen Parteien durchzuprobieren, hat sich an Deutschland und dem kläglichen Spiel seines Parlamentarismus in den letzten Jahren erwiesen. Will man zur Erzielung eines dauernden Mehrheitswillens nicht zu einer vorübergehenden Diktatur greifen (wobei es immer ein Experiment bleibt, ob am Ende der Diktatur der gewünschte Mehrheitswille wirklich vorhanden ist), so bleibt kein anderer Weg, als den großen Rahmen zu schaffen, in dem sich eine hundertfach zerrissene und zerspaltene Volksgemeinschaft wieder zu einheitlicher Auffassung aller irdischen und überirdischen Dinge zusammenzufinden vermag. Das ist aber dann in erster Linie eine geistige Arbeit und eine Sache der Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes.

* * *

Über die mutmaßlichen wirtschaftlichen Folgen der Verwerfung der Fabrikgesetz-Revision wollen wir uns heute nicht verbreiten. Wir möchten nur jedem Optimismus entgegentreten, wie man ihn etwa aus der fühlbaren Besserung unserer Wirtschaftslage im Wirtschaftsjahr 1923 ableiten möchte und womit man sich der Verpflichtung, nach jeder Verbesserung unserer Exportmöglichkeit Ausschau zu halten, enthoben glauben könnte. Die Besserung unserer Wirtschaftslage im abgelaufenen Jahre beruht lediglich auf der Konjunktur des Inlandsmarktes. Diese aber hat ihre Ursache z. T. in der erhöhten Bautätigkeit, die ihrerseits aus dem langen Darniederliegen einer solchen während der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre resultiert; z. T. — wenigstens für bestimmte Industrien — in der beschleunigten Elektrifizierung der Bundesbahnen, die aber einmal ein Ende nehmen wird und die sich übrigens als wirtschaftlich nur erweisen kann, wenn Verkehr und Handel einmal wieder den vollen Umfang von vor dem Kriege annehmen. Keine Inlandskonjunktur kann von Dauer sein, wenn nicht der Export im alten Umfang wieder einsetzt. Der Export bildet die Grundlage des Gebäudes unserer Volkswirtschaft. Unser Export aber hat im abgelaufenen Jahre noch keine 70 % des Vorkriegsexports erreicht.

* * *

Im inneren Zusammenhang mit dem Problem, das durch das Ergebnis vom 17. Februar in den Bereich der öffentlichen Erörterung gehoben worden ist, steht die Verabschiedung einer bundesrätlichen Vorlage für die Beteiligung des Bundes an den Bestrebungen für Förderung der nationalen Erziehung durch die ständerätliche Kommission. Die Vorlage fand nicht den Gefallen von zwei Parteien: der katholisch-konservativen, weil sie in der staatsbürgerlichen Erziehung des Freisinnes das weltanschauliche Grundelement vermisst; und der sozialistischen, weil sie in der Erziehung zum Staatsbürger nur die Erziehung zum freisinnig-individualistischen Staate erblickt. Die Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer Förderung der Erziehung zum (idealen) Staate wird angesichts mancher unserer Verhältnisse niemand bestreiten. Zweifel bestehen lediglich über die dazu geeigneten Wege. Die beste Erziehung bildet natürlich das Vorbild. Tüchtige Männer, stark im Charakter und erfahren in der Kunst der Staatsführung, an der Spitze von Bund und Kantonen, würden die schönste staatsbürgerliche Erziehung ersetzen, wenn sie — vorhanden wären! Darum ist die Frage der nationalen Erziehung heute in erster Linie eine Frage der Führer. Mit der Vermittlung von noch mehr Halbwissen und Kenntniss oder der Anerziehung eines billigen Hurratriotismus wird nicht das erreicht, was uns fehlt. Wir wissen ja heute schon viel zu viel! Und an Schützenfestromantik leiden wir auch keinen Mangel. Was uns in unserer staatsbürgerlichen Erziehung Not tut, das ist stärkere Betonung des Wertes des Charakters, Heranbildung von Persönlichkeiten und — Erziehung zum politischen Denken!

Zürich, den 26. Februar 1924.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Deutsche und Franzosen. — Elsaß-Lothringen. — Das linke Rheinufer. — Ein Warnungszeichen. — Vom Neuesten.

„Keine Nation hat je einen so schlimmen Nachbar gehabt, wie Deutschland ihn in den letzten vierhundert Jahren an Frankreich gehabt hat; schlimm auf jegliche Art: frech, räuberisch, unersättlich, unverzöhnlich und immer angriffs-lustig...“ so hat Carlyle im Jahre 1870 in seinem bekannten Briefe an die „Times“ geurteilt. Man mag über dieses Urteil denken, wie man will, Tatsache ist es, daß heute wohl der größte Teil des deutschen Volkes durchaus dieser Ansicht ist. Der alte Gegensatz zwischen Deutschen und Franzosen ist wieder einmal zu äußerster Schärfe gesteigert. Diese Feindschaft zwischen den beiden Kernvölkern des europäischen Festlandes bildet das ernsthafteste Problem, dessen Lösung der europäischen Staatskunst gegenwärtig obliegt. Es berührt auch die Lebensinteressen der Schweiz unmittelbar und in stärkstem Maße.

Deutsche und Franzosen sind seit fast anderthalb Jahrtausenden durch die mannigfaltigsten Bande miteinander verknüpft. Germanisches Blut hat bei der Bildung der französischen Nation gerade in deren Kerngebieten ausschlaggebend mitgewirkt. Das entstehende deutsche Volk hat von seinem westlichen Nachbarn so manches Kulturgut der alten Welt vermittelt erhalten. In der Hochblüte der französischen Kultur des Mittelalters ist fast jedes einzelne Gebiet deutschen Lebens von ihr beeinflusst worden (Gotik, Scholastik, Minnesang u. s. w.). Später wechselten die Rollen und der deutsche kulturelle Einfluß ist im aus-gehenden Mittelalter in Frankreich recht ansehnlich gewesen (Buchdruck, religiöse Reform). Das 16. bis 18. Jahrhundert erlebten noch einmal eine unbeschränkte Herrschaft französischer Art und Gesittung in fast allen deutschen Landesteilen. Die Neuzeit brachte einen Ausgleich. So sind deutsche und französische Kultur, nehmend und gebend, von jeher aufs engste verflochten gewesen. Frankreich hat dabei als früher entwickeltes Gebiet sicher im Ganzen mehr gegeben als genommen. Dafür hat es besonders in den letzten Jahrhunderten eine gewaltige Masse deutscher Menschen zur Auffüllung und zum Inganghalten seines menschenarmen Organismus an sich gezogen. Heute gilt das mehr denn je.

In den politischen Beziehungen der beiden Völker hat bis gegen den Ausgang des Mittelalters hin Deutschland die Oberhand besessen. Weite fran-zösische Gebiete bildeten Teile des deutschen Reiches oder deutscher Einzel-staaten. Seit mehr als 400 Jahren befindet sich dagegen Frankreich in fast unaufhörlichem Angriff und in stetem Fortschreiten gegen Osten. Seit langer Zeit hat es weit ins deutsche und in den Niederlanden ins flämische Gebiet hineingegriffen. Trotz mancher Rückschläge holt die französische Politik immer weiter aus und bedroht immer mehr auch das eigentliche deutsche Kerngebiet. Französische Heere haben ja Deutschland schon in allen Richtungen durchzogen. Das Ringen wird deshalb immer erbitterter, es geht nachgerade ums Ganze, um Sein oder Nichtsein, wenigstens für die Deutschen.

Der Hauptkampf spielt sich dabei in einem breiten Landstreifen beider-seits der deutsch-französischen Sprachgrenze zwischen dem Meere und den Alpen ab. Die Niederlande samt Luxemburg, Lothringen, das Elsaß, das deutsche linke Rheinufer, endlich die Schweiz gehören zu diesem scharf umkämpften Zwischengebiet. Ja zeitweise, und so gerade heute, dehnt es sich auch noch auf das rechte Rheinufer aus. Hier wird nun nicht bloß um die politische Herrschaft gerungen, sondern fast noch mehr um die kulturelle Vormacht. Frankreich befindet sich dabei, der ganzen Lage entsprechend, in ausgesprochenem Angriff und auch im Vorteil. Es ist ein Eroberungsfeldzug, den es hier teils mit den Waffen, noch mehr aber mit kulturellen Mitteln führt. Es hat dabei wirklich wenigstens in den Kreisen des wohlhabenden und gebildeten Bürgertums starke Erfolge erzielt. In Belgien, Luxemburg, Elsaß-Lothringen haben diese Kreise französische Kultur und Sprache weitgehend angenommen. Weiter nach Osten sind wenigstens Ansätze zu einer solchen Entwicklung vorhanden. Heute

geht es fast in dem ganzen Zwischengebiet um die vollständige kulturelle, wirtschaftliche und auch politische Herrschaft Frankreichs.

Die Deutschen befinden sich demgegenüber vollständig in der Verteidigung. Diese wird aber in den bedrohten Gebieten immer mehr Sache des ganzen Volkes. Sie wird darüber hinaus fast in dem gesamten deutschen Sprachgebiet in steigendem Maße als gemeinsame, lebenswichtige Angelegenheit empfunden. Der Abwehrkampf ist auf der ganzen Linie aufgenommen worden und wird mit immer größerer Entschlossenheit und Erbitterung geführt.

* * *

Das umstrittenste Stück des deutsch-französischen Zwischenlandes bildet Elsaß-Lothringen. Schon die Wegnahme von Metz durch die Franzosen im 16. Jahrhundert erregte in Deutschland großes Aufsehen und großen Unwillen. Weit schmerzlicher noch wurde im 17. Jahrhundert der Verlust des rein deutschen Elsaßes und besonders Straßburgs empfunden. Der Gedanke an seine Rückeroberung ist nie erloschen. Er lebte in den Kreisen der Freiheitskämpfer von 1813 und 1814. Er lebte in der nationalen deutschen Bewegung des letzten Jahrhunderts. Und schließlich brachte 1870 die Erfüllung und machte damit Elsaß-Lothringen und hier in erster Linie Straßburg mit seinem Münster gleichsam zum Wahrzeichen des neuen Reiches und der nationalen Einheit. Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges hat von neuem zum Verlust des Landes geführt. So ist das Straßburger Münster wiederum für die jetzt emporkwachsende nationale Bewegung Sinnbild geworden. Man wird sich nie und nimmer mit dem Verluste abfinden.

Auf der anderen Seite hat der Kampf um das Land ihm auch in den Augen der Franzosen einen ganz besonderen Wert gegeben. Auch ihre nationale Größe ist mit seinem Besitz eng verknüpft. Und dazu kommt nun in neuester Zeit noch der wirtschaftliche Wert dieser Gegenden durch ihre großen Bodenschätze. Auch die Franzosen werden also niemals freiwillig auf Elsaß-Lothringen verzichten.

Wie liegen nun die tatsächlichen Verhältnisse? Das Elsaß ist fast ganz, Lothringen zum weitaus größeren Teil deutsch. Annähernd neun Zehntel der Bevölkerung haben als Muttersprache das Deutsche. Bis ins 17. Jahrhundert hinein hatte das Land auch mit Frankreich so gut wie keine Beziehungen. Im Gegenteil, es spielte in Deutschland politisch und vor allem kulturell eine große Rolle. Als dann das Elsaß an Frankreich kam, behielt es seinen deutschen Charakter vollständig bei bis in die Zeit der Revolution. Damals wurde es erst in das französische Leben hineingezogen und gefühlsmäßig sehr stark mit ihm verbunden. Im 19. Jahrhundert suchte die französische Regierung ganz planmäßig, ja mehr oder weniger mit Gewalt, die französische Sprache in Schule, Kirche und dem öffentlichen Leben überall einzuführen. 1870 war aber das Elsaß und auch Lothringen noch ein durchaus deutsches Land. Nur die wohlhabenden Bürgerkreise, die Fabrikanten, Kaufleute, Beamten u. s. w. hatten die französische Kultur und teilweise auch die französische Umgangssprache angenommen.

Der Übergang an Deutschland vollzog sich unter den verschiedensten Störungen. Wirtschaftliche Interessen wurden empfindlich verletzt. Die neue Verwaltung lag größtenteils in den Händen norddeutscher Beamter, deren Art möglichst ungeeignet war. Vor allem aber konnte sich die französisierte Oberschicht, die Bourgeoisie, nicht mit der Sache abfinden. Die große Masse der Bevölkerung hat sich unbedingt in den 50 Jahren der Zugehörigkeit zu Deutschland vollständig in die neuen Verhältnisse eingelebt, sie war bis in alle Außerlichkeiten hinein wieder ganz deutsch geworden. In den Kreisen der Bourgeoisie aber lebte die französische Kultur und die politische Zuneigung für Frankreich weiter.

Das zeigte sich 1918 und seither. Das Land hat sich äußerlich vollkommen an Frankreich angeschlossen. Seine Abgeordneten in Kammer und Senat zeugen dafür. Die französisch gesinnte Oberschicht hat das bewirkt. Im übrigen aber haben sich auch jetzt zahlreiche Reibungen ergeben. Frank-

reich hat hier mindestens so viele Fehler begangen wie früher Deutschland. Es hat alles, was an die deutsche Zeit erinnerte, sofort wegräumen wollen. Das hat auch sehr viel Gutes getroffen und ist deshalb im Lande auf den heftigsten Widerstand gestoßen. Vor allem aber machte sich der durch den Krieg aufs äußerste entfachte französische Nationalismus daran, die deutsche Sprache und Kultur restlos zu vernichten. Weit über 100,000 Bewohner wurden vertrieben, darunter besonders viele Angehörige der Intelligenz. Die deutsche Sprache wurde sofort aus Schule und öffentlichem Leben, aus Verwaltung und Rechtssprechung ausgeschlossen. Zeuge dafür sind die lächerlichen elsässischen Blätter; der Kopf ist rein französisch, der Text- und Anzeigenteil aber ausschließlich deutsch! Sie sind aber zugleich auch Zeuge dafür, daß dieser Versuch, eine Bevölkerung von mehr als einundeinhalb Millionen Köpfen von einem Tag auf den andern ihrer Muttersprache zu berauben, selbstverständlich mißglückt ist. 90 Prozent der Elsässer verstehen kein Französisch! So hat sich denn die deutsche Sprache doch wieder durchgesetzt. Soweit aber der Staat die Macht ausübt, ist sie verfehmt. Der Krieg gegen sie wird von den Franzosen unerbittlich und mit allen Mitteln geführt. Dem gegenüber macht sich aber ein steigender Widerstand der Massen bemerkbar, die Berücksichtigung der deutschen Sprache in Schule und Behörde verlangen. Es ist bereits zu einem eigentlichen Sprachenkampfe gekommen. Das brutale Vorgehen Frankreichs hat seine Früchte getragen.

Elsaß-Lothringen ist in jeder Beziehung ein Musterbeispiel für den heutigen französischen Vernichtungskrieg allem Deutschen gegenüber. Es ist ein Musterbeispiel für die heutige Lage in den deutsch-französischen Grenzgebieten. Es veranschaulicht die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich einer dauernden Einigung der beiden Völker entgegenstellen.

Viel mehr als von Elsaß-Lothringen hat man in den letzten Jahren jedoch von einem andern von Deutschen und Franzosen umstrittenen Gebiet gesprochen: Von dem besetzten linken Rheinufer. Seit November 1918 halten ja hier die Franzosen mit einigen Abteilungen ihrer Verbündeten den linksrheinischen Teil der Rheinprovinz, Rheinhessen und die Pfalz besetzt. Alte Erinnerungen an die Tage der Revolution und des ersten Napoleon und an noch viel weiter zurückliegende Zeiten sind da wieder wach geworden. Seit Jahrhunderten war ja das Ziel der französischen Eroberungspolitik immer die Erreichung der Rheingrenze. Auf allen Höhepunkten der französischen Macht wurde die Verwirklichung dieser Idee versucht. Jetzt war alles in greifbare Nähe gerückt. Einträchtig versuchten die französischen Politiker und Militärs sie zu erreichen. Als sich das auf den Pariser Friedensverhandlungen infolge des Widerstandes der Engländer und Amerikaner als unmöglich erwies, gab man es noch lange nicht auf. Die Franzosen erhielten ja für 15 Jahre das Besatzungsrecht. Hier machten sich nun sofort die Generale und Verwaltungsbeamten der französischen Besatzungsarmee an die Arbeit, um doch noch auf irgend eine Weise die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland und den Anschluß, politisch und wirtschaftlich, an Frankreich zu erzielen.

In allererster Linie setzte man die altbewährten Mittel französischer Kulturpropaganda in Bewegung. Man rief die Erinnerung an die Zeit vor 100 Jahren wach. Man schürte die bestehenden Gegensätze zu dem rechtsrheinischen Gebiet. Man warb für französische Kultur, Sprache, Wirtschaft. Man verschaffte denen, die auf diese Lockungen eingingen, alle möglichen Vorteile. Die Gelder wurden dabei nicht gespart. Zeitungen, Theater, Kino, Flugschriften wurden in Masse in den Dienst dieser Idee gestellt. Nach einigen Anfangserfolgen bei der durch den jähen Zusammenbruch ganz führerlos gewordenen Bevölkerung zeigte es sich aber bald, daß mit dieser Kulturpropaganda kein größerer Erfolg zu erzielen war.

Noch weniger wollte das auf politischem Gebiete gelingen. Man vermochte allerdings eine separatistische Bewegung aus bezahlten Halunken zu bilden, aber diese wurde von der überwältigenden Masse der Bewohner des

linken Rheinufer scharf abgelehnt. Mit friedlichen Mitteln war also nichts auszurichten.

So ließ man denn dem Zuckerbrot die Peitsche folgen. Man bewaffnete die Separatisten und ließ sie auf das unglückliche Land los. Es folgte nun die Schreckenszeit der vergangenen Monate. Aber auch der brutalste Terror verfehlte die beabsichtigte Wirkung. Schließlich ging die Herrschaft der Separatisten in den wilden Bauernkämpfen im nördlichen Rheinlande und in den blutigen Tagen von Birmasens und Kaiserlautern unter. Auch die Gewalt hatte verjagt.

Woran liegt das? Es sind eben heute andere Zeiten als vor 100 Jahren. Die Bewohner des linken Rheinufer haben die Zeit eines glänzenden nationalen Aufschwunges mitgemacht. Sie haben in den Einigungskämpfen und im großen Weltkrieg mitgekämpft. Sie haben das neuentstandene deutsche Nationalgefühl in sich aufgenommen. So trafen die Franzosen auf starken gefühlsmäßigen Widerstand. Das brutale Auftreten der Besatzungstruppen peitschte das Gefühl der Abneigung bald zum Haß und zur Verachtung auf. Im übrigen aber fand die wehrlose Bevölkerung in ihrer großen Masse immer wieder einen Halt und Zuversicht. Das besetzte Gebiet ist viel zu volkreich, um rasch überrannt zu werden. Der Widerstand gegen die ganze Politik der Franzosen wurde so zur Volksache, er wurde immer nachhaltiger. Heute ist er wohl unüberwindlich geworden.

Das alles gilt natürlich noch weit mehr von den besetzten rechtsrheinischen Gebieten. Die Brückenköpfe Aehl, Mainz, Koblenz, Köln und das Ruhrgebiet sind von einer französischen Propaganda noch schwerer zu erfassen als das linke Rheinufer. Besonders das Ruhrgebiet mit seinen gewaltigen Menschenmassen erweist sich je länger je mehr als ein sehr unverdaulicher Bissen.

Stärker gefährdet ist dagegen das Saargebiet. Es steht zwar nominell unter dem Völkerbund. Tatsächlich aber übt Frankreich dort fast unbeschränkte Rechte aus. Der Besitz des einzigen Reichtums des Landes, der Kohlengruben, gibt ihm dazu eine gewaltige wirtschaftliche Waffe. Hier feiert denn auch die Französisierungspolitik ihre größten Orgien. Französische Schulen sind entstanden. Zeitungen arbeiten im französischen Sinne. Geld wird in großen Summen ausgegeben. Und doch ist der Erfolg auch hier recht gering, wie die letzten Wahlen ergeben haben. Auch hier leistet die Masse der Bevölkerung unbeugsamen Widerstand.

So bietet das gesamte besetzte Gebiet das Bild eines großen Kampffeldes. Es wird mit allen Mitteln um die Seelen der Bevölkerung gerungen. Millionen sind dabei beteiligt. Aber große Erfolge hat bisher Frankreich trotz der Gunst der Zeit und trotz seiner großen Mittel nicht erzielt. Ein Ergebnis ist allerdings unbestreitbar: Die Unsumme von persönlichen Bedrückungen und Schädigungen, von Demütigungen und Leiden, die dieser Kampf über die betroffene Bevölkerung brachte, hat dort und weit umher in Deutschland einen Haß geschaffen, dessen Entladung einmal furchtbare Wirkungen haben muß.

* * *

Ich muß es mir hier versagen, auf die gleichlaufenden Erscheinungen in Belgien und Luxemburg einerseits, in der Schweiz andererseits einzugehen. Es ist klar, daß auch dort überall der heutige große Kampf deutscher und französischer Art sich geltend macht. In Belgien spüren die Flamen den Eroberungsdrang der französischen Kultur und der Staat Belgien erfährt die politischen Rückwirkungen. Auch die Schweiz hat unter dem gegenwärtigen französischen Drucke manches zu leiden. Diese Verhältnisse sollen einmal näher gewürdigt werden, wenn mehr Raum dafür zur Verfügung steht.

Dagegen muß hier doch noch kurz auf die Vorgänge in der Pfalz hingewiesen werden. Ich habe schon oben erwähnt, daß die Kämpfe der letzten Wochen den endgültigen Zusammenbruch des Separatismus besiegelt haben. Die blutigen Vorgänge in Birmasens sind aber auch ein deutliches Zeichen, bis

zu welcher Siedehitze die Stimmung der Bevölkerung durch die jahrelangen Quälereien entfacht worden ist. Die Vorgänge mögen an und für sich bedauerlich sein, sie bilden aber ein deutliches Kennzeichen der Lage. Sie sind gerade aus dieser furchtbaren Lage heraus durchaus begreiflich. Es war der elementare Ausbruch lang zurückgehaltener Erbitterung. Daß die entfesselten Massen zu allen Dingen fähig sind, weiß man aus vielfältiger Erfahrung schon lange. Wenn das überall verstanden wird, wenn die Vorgänge in der Pfalz als weithin sichtbares **W a r n u n g s z e i c h e n** beachtet werden, so werden sie nicht ohne Nutzen gewesen sein. Geschieht das nicht, so kann es leicht zu größeren, in ihren Folgen unabsehbaren Entladungen kommen.

Bedauerlich ist es in dieser Hinsicht, daß in einzelnen Blättern der Schweiz in den größten Ausdrücken über diese Vorfälle und über die pfälzische Bevölkerung abgeurteilt worden ist. Hat doch der Zeitartikler der „Basler Nachrichten“ den Pfälzern bei dieser Gelegenheit alle möglichen schlechten Eigenschaften zugeschrieben, die Ereignisse als die „leide Morderei in Birmasens“ bezeichnet u. s. w. Das Alles zeugt von einer gänzlichen Verkennung der Verhältnisse und ist ein neuer Beweis für den schulmeisterlichen Ton, der bei uns dem Ausland gegenüber leider vielfach angeschlagen wird.

* * *

Ganz kurz müssen nun doch noch einige der neuesten Ereignisse gestreift werden. Das Jahr 1924 scheint ein ausgesprochenes Wahljahr werden zu wollen. In Deutschland folgen sich die Teilwahlen in schneller Folge. Alle zeigen den großen innerpolitischen Umschwung, auf den ich schon im letzten Sommer hingewiesen habe. Die Rechtsparteien gewinnen auf Kosten der Mitte und der sozialistischen Linken. Die Gemeindewahlen im roten Sachsen haben das schon gezeigt. Nun sind die sozialistischen Mehrheiten in Thüringen und Lübeck zusammengebrochen und in Mecklenburg kommt zum ersten Male im neuen Deutschland eine ausgesprochene Rechtsregierung ans Ruder. Am bemerkenswertesten ist nun bei den neuen Ergebnissen, daß überall die sogenannten Vaterländischen Verbände und die Völkischen Gruppen am meisten gewonnen haben. Innert ganz kurzer Zeit sind sie aus dem Nichts zu ansehnlicher Bedeutung gelangt. Diese von mir auch schon vorausgesagte Entwicklung dauert ununterbrochen weiter an. Man kann deshalb auf den Ausgang der bevorstehenden bayerischen Wahlen und vor allem auf die Erneuerung des Reichstages gespannt sein.

Unmittelbar vor der Türe stehen auch die Wahlen in Italien. Mussolini wird dadurch auch ein fascistisches Parlament als gefügiges Instrument erhalten. Interessant wird es immerhin sein, zu sehen, wieviele Stimmen die Oppositionsparteien, vor allem die Sozialdemokraten, aufbringen werden. Das neue Wahlrecht in Italien trifft auch die nationalen Minderheiten, Deutsche und Slowenen, stark. Um überhaupt einen Erfolg zu erlangen, haben sich die beiden grundverschiedenen Gruppen zusammenschließen müssen. Auch auf den Erfolg dieser Liste kann man gespannt sein.

In Frankreich kommt man ebenfalls allmählich in den Wahlkampf hinein. Die Lage Poincares wird immer gefährlicher. Die Linksparteien scheinen gegenwärtig sehr günstige Aussichten zu haben. Es ist aber mehr als fraglich, ob auch ein entschiedener Umschwung in der französischen Kammer eine beträchtliche Änderung der französischen Politik zur Folge haben wird. Die Formen dieser Politik würden sich zweifellos ändern, im Kern aber wird auch eine links gerichtete Regierung kaum viel anders vorgehen können. Vor allzu großen Hoffnungen ist dringend zu warnen!

Ein Beispiel dafür bietet gegenwärtig die englische Arbeiterregierung. Es zeigt sich heute schon, daß auch sie sich über die Staatsnotwendigkeiten nicht hinwegsetzen kann. Auch Mac Donald setzt die Rüstungen in der Luft und auf dem Wasser fort. Er wird auch sonst die traditionellen Bahnen englischer Politik nicht allzuweit verlassen können. Sehr interessant wird es aber sein, zu beobachten, wie weit es der Arbeiterregierung gelingen wird, den Völkerbund für ihre Politik nutzbar zu machen. Ein Erfolg in dieser Hinsicht

könnte in der Stellung zum Völkerbund für die verschiedenen Staaten merkwürdige Veränderungen bewirken. Ein bezeichnendes Anzeichen dafür war die Aufnahme der Absichten Mac Donald durch die französische Presse. Sofort wurde festgestellt, daß bei einer Zulassung Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund dieser für Frankreich sehr an Wert einbüßen würde. Man sprach sogar von einer Einkreisung im und durch den Völkerbund. Jedes Ding hat eben seine zwei Seiten!

U r a u, den 26. Februar 1924.

S e k t o r A m m a n n.

Sanierung.

Ein Brief aus Deutschland.

Die Diktatur hat das deutsche Volk über den gefürchteten Winter 1923/24 hinweggebracht. Und wenn man die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die jetzt für den Anfang des März vorgesehen ist, aus der Sprache der Verordnungen in die Sprache der Begriffe überträgt, dann besagt sie: die Diktatur hat den Bürgerkrieg verhütet. Die Macht, die in die Hand eines Mannes gelegt wurde, hat genügt, um die Kampfkraft der Bewegungen zu brechen, die von der äußersten Linken wie von der äußersten Rechten her gegen den so schwachen Staat andrängten. Auch diese Bewegungen wollten die Diktatur. Die eine wollte die Diktatur des Proletariats. Die andere wollte die Diktatur als Staat. Aber der Staat kam ihnen zuvor und setzte sich eine Diktatur ein, die an seiner Stelle schaffte, was mit dem Reichstage, dem Parlamentarismus, der parteimäßig gebundenen Kabinettsregierung nicht zu schaffen gewesen war: „Ordnung“. Jetzt kann der General von Seeckt in dem Schreiben sagen, in dem er dem Reichspräsidenten vorschlägt, die ihm von diesem übertragenen „außerordentlichen Vollmachten“ wieder zurückzunehmen: er glaube, daß die ihm zugefallene Aufgabe „im allgemeinen“ erfüllt sei: „die Staatsautorität sei so gefestigt, daß die unter dem Ausnahmezustande eingeleitete Sanierung des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens auch ohne ihn weitergeführt werden könne.“

Die Sanierung ist eine Tatsache. Aber auch fortschreitende Verelendung, Arbeitslosigkeit, Beamtenabbau sind eine Tatsache. Ja, sie sind bis zu einem Grade die Voraussetzung für diese Sanierung gewesen, die in einem Nu das Außenbild des deutschen Wirtschaftslebens so völlig veränderte. Immerhin: die Probe ist bestanden und der Beweis ist erbracht, was Diktatur vermag. Hinter ihrem Schutzschilde hat sich das Wunder der Rentenmark vollzogen. Über Nacht wurde Deutschland aus einem valutastärksten Lande ein valutastarkes Land. Die Papiermark, die soeben noch eine Billion wert gewesen war, bekam, obwohl sie eine papierene Mark blieb, wieder die Kaufkraft einer richtigen Mark. Inzwischen laufen die Billionen weiter. Aber die Rentenmark stützt sie. Es ist phantastisch. Auch die Wirtschaft ist dem Unberechenbaren untertan. Wenn die Wandlung auf den Willen eines Einzelnen zurückzuführen wäre, dann müßte es der Wille eines Genies gewesen sein. Aber sie erklärt sich aus dem Gesetze der Zwangsläufigkeit, nach dem eine jede Entwicklung schließlich an einen Punkt getrieben wird, über den hinaus die Dinge in der bisherigen Bahn nicht mehr weitergehen können und nur der Umschlag in ihr Gegenteil übrig bleibt — oder das Chaos. Die Diktatur hat für einen Winter die Gefahr des politischen Chaos gebannt. Sie hat in ihrer Auswirkung auch diese wirtschaftliche Sanierung möglich gemacht, die freilich schon deshalb eine Scheinsanierung bleibt, weil sie nicht in der Wirtschaft selber begründet liegt, die deutsche Wirtschaft vielmehr in derselben Zeit immer mehr in die französische Fesselung geriet. Die Frage ist jetzt, ob jenes Gesetz der Zwangsläufigkeit auch dorthin übergreifen wird, wo die Bedingungen einer Dauersanierung sichergestellt werden könnten: auf die außenpolitische Lage des deutschen Volkes?

Der deutsche Außenminister hat in einer Rede, in der er des sterbenden Wilson gedachte, von dem „Kampf für das moralische Recht Deutschlands“ gesprochen, und davon, daß dieser Kampf „bereits eine gewisse Entspannung, eine andere Einstellung der Welt hervorgebracht habe, wie sie vor ein bis zwei Jahren noch nicht bestand.“ Der deutsche Außenminister kann sich allerdings darauf berufen, daß sechs Jahre nach dem Frieden von Versailles namentlich die angelsächsischen Mächte sich zu dem ernsthafteren Versuche anschickten, Deutschland zu sanieren und von den Lebensmöglichkeiten aus, die zunächst einmal in der Mitte von Europa wieder hergestellt werden, schließlich die Wirtschaft von Europa wieder herzustellen. Aber diese Wendung der Dinge hat nicht so sehr mit politischer Moral zu tun, die gesiegt hat, als abermals mit politischer Zwangsläufigkeit, die sich geltend macht. Sie hat mit weltkapitalistischen Erwägungen zu tun, mit der verhängnisvollen Auswirkung des Vertrages von Versailles auf die Wirtschaft der Völker, und mit ihrer schlechten Geschäftslage — aber nicht mit der Befinnung auf Recht. Den Kampf für das moralische Recht Deutschlands, von dem der deutsche Außenminister sprach, haben Außenleiter geführt, wahre und tapfere Männer im Inlande und Auslande, die nicht Lüge, nicht Schwindel, nicht fortgesetzt Fälschung der Geschichte vertrugen. Aber die Politik hat sich von diesem Kampfe ferngehalten. Und gerade die deutsche Politik hat geflissentlich darauf verzichtet, als die Illusionen verflogen waren, unter denen die deutsche Revolution den Weltkrieg in der Hoffnung auf einen Frieden der Gerechtigkeit abbrach, nunmehr den Betrug an Deutschland als eine Waffe für Deutschland zu führen. Sie hat nur schüchtern protestiert, sie war immer nur bedacht, ihre Gegner nicht zu reizen, und namentlich die Schuldfrage ließ sie, wie einer der deutschen Außenminister dieser sechs Jahre sagte, „lieber auf sich beruhen“. Es geschah in der Berechnung, daß man auf diese Weise mit der Gegenseite, wenn auch nicht zu einem „Frieden der Gerechtigkeit“, dann doch noch zu einem Frieden der Verständigung gelangen werde. Gibt jene Zwangsläufigkeit, mit der sich am Ende die deutsche Sanierung als eine internationale Notwendigkeit herausstellte, dieser Berechnung nunmehr Recht?

Es könnte so scheinen. Aber was scheint, das ist nicht. Zu den Erwartungen, die in eine Diktatur gesetzt werden, gehörte auch die, daß sie der deutschen Politik endlich den moralischen Nachdruck geben werde, der von ihr immer wieder verlangt und von ihr immer wieder verweigert worden ist. Dies geschah nicht. Und wenn jetzt die Diktatur ihre Befugnisse zurückgibt, dann räumt sie, ohne die Zeit genutzt zu haben, den Platz wieder derjenigen Politik ein, die vordem, genau so, wie sie innenpolitisch versagte, auch außenpolitisch versagt hat: der Politik der „Mitte“ und der Vermittlung, die ihrer Natur nach niemals Forderungen an Gegner stellen kann, vielmehr annehmen muß, was man ihr zugesteht. Diese Politik wird auch die Sanierung annehmen müssen, so, wie sie ausfällt, und wird nicht die Gelegenheit benutzen können, nun etwa auf einer „Revision“ der Verträge von 1919 zu bestehen, wie dies durch fünf Jahre hin in aller Welt immer wieder verlangt worden ist. Sie wird nicht darauf dringen dürfen, daß Ernst mit den vierzehn Punkten gemacht und ihnen der Sinn einer Anwendung gegeben wird, der ihnen zu Grunde zu liegen schien, als man mit ihnen lockte. Und von der Schuldfrage wird sie gar nicht sprechen dürfen.

Wohl aber wird man auf der Gegenseite die Maske der Moral zu wahren suchen. Wie verbreitet dieses Bestreben ist, das wurde beim Tode von Wilson deutlich. An allen Bekundungen, die von der Seite seiner ehemaligen Verbündeten her erfolgten, fiel der Eifer auf, mit dem man auch jetzt wieder Ideale aufrecht zu erhalten suchte. Die vereinigte Weltdemokratie suchte spürbar ihren Heros zu retten. Sie suchte um ihn einen Mythos zu bilden. Alle Völker sprachen dem ehemaligen Präsidenten ihren Dank für seine europäische Wirksamkeit aus. Sie taten dies mit Abschattierung, und genau in dem Grade, wie sie Nutznießer seiner Friedensstiftung gewesen sind — oder dies nachträglich noch zu werden hoffen. Poincaré sprach für Frankreich. Die Franzosen

haben die größten Vorteile davongetragen und nur ihre Unerfättlichkeit läßt sie dem Manne grollen, der für die Saarbevölkerung wenigstens eine Abstimmung und für die Rheinlande die Räumungsfristen vorgesehen hat. Immerhin hielt Poincaré für empfehlenswert, den Vertretern der amerikanischen Presse einige französische Schmeicheleien über Wilson zu sagen, von seinen „so edlen Gedanken“ zu sprechen und ihn einen „von seinen Idealen ergriffenen Mann“ zu nennen. Lloyd George sprach für England. Die Engländer haben sich 1919 die unmittelbarsten Vorteile gesichert, Vernichtung der deutschen Schlachtflotte, Auslieferung der deutschen Handelsflotte, Aufteilung der deutschen Kolonien, und erst in der Folge merkten sie zu ihrem Schrecken, daß ihr britannischer Friede sich mehr und mehr als ein gallischer Friede herausstellte. So fand denn Lloyd George für angebracht, seinem ehemaligen Partner nicht nur den Abschluß von Geheimverträgen anzuhängen, sondern auch das Ungeheuer zu behaupten, das er in der Behandlung seiner Gegner gezeigt habe, und vor allem nach Amerika hin zu betonen, daß die Welt heute anders aussehen würde, wenn Wilson von seinen eigenen Landsleuten unterstützt worden wäre. Aber auch er schloß seinen Nachruf auf Wilson mit der Versicherung: „er war trotzdem ein großer Mann und das Versagen seiner Ideale wird nur vorübergehend sein.“ Auch Mac Donald beruhigte sich bei dem Gedanken an die Zukunft und glaubte, der Witwe des Toten versichern zu dürfen, ein großer Gedanke gehe niemals verloren und die Zeit dürste kommen, in der die Welt ein großherziges Urteil über Wilson fällen, sich seiner mit Dankbarkeit erinnern und in ihm einen ihrer großen Pioniere erkennen werde. Und Coolidge rühmte den Handlungen seines Vorgängers nach, wenn auch mit der merklichen Zurückhaltung, die in Amerika gegenüber Wilson geboten ist, daß sie von hohen Beweggründen eingegeben gewesen seien und die Aufrichtigkeit seiner Absichten nicht in Zweifel gezogen werden könnte.

So sieht die deutsche Politik sich einer Weltideologie gegenüber, die heute, nachdem sie Deutschland zerstört hat, alle Völker bedroht. In der Welt glaubt Niemand mehr an diese Weltideologie, überall in den Völkern hat sie ihre stillen oder lauten Zweifler, aber nach wie vor besitzt sie die Macht, für ihre Ansprüche die Anerkennung zu verlangen, daß sie sich auf Recht gründen. Wie ohnmächtig vor ihr die deutsche Politik ist, das hat der Zwischenfall von Washington gezeigt. Der deutsche Vertreter hatte das richtige Gefühl, daß Deutschland kein Beileid für den Tod eines Staatsmannes heucheln konnte, der ihm nur Unglück gebracht hatte. Aber die Weltideologie verlangte, daß der Schein gewahrt werde. So mußte die deutsche Fahne auf Halbmast vor der Weltideologie gehißt werden. Nun, diese Weltideologie wird, wenn sie die deutsche Sanierung beschließt, von dem deutschen Volke noch ganz andere Dinge verlangen. In ihrem Namen wird man Deutschland den Vertrag von Versailles bis auf den Buchstaben erfüllen lassen. Man wird nicht davon abgehen, daß er die unverrückbare Grundlage der europäischen Politik ist. Man wird nur die Bedingungen zu schaffen suchen, unter denen das deutsche Volk ihn erfüllen kann. Man wird ihm Geld leihen, damit es dieses Geld dann wieder abtragen kann. Und man wird darauf bestehen, daß seine Schulden nur ein Ausdruck seiner Schuld sind. Aber inzwischen werden die Franzosen sich in Deutschland festsetzen und vom Westen her das Gefüge des Reiches zu untergraben suchen. Im Osten wird der polnische Korridor, der deutsches Land von Deutschland trennt, das lächerliche Verkehrshindernis bleiben, das Asien von Europa fern hält. Und rings an den Grenzen des deutschen Staates und an den Rändern des deutschen Volkstums werden Millionen von Deutschen den fremden Nationalitäten, denen sie im Friedensvertrage zugeteilt wurden, nach wie vor ausgeliefert bleiben und vergeblich nach einem Rechte rufen, das Wilson auch ihnen versprach, als er von Minderheitenrecht sprach, und von Selbstbestimmung.

So besteht die Gefahr, daß man den Versuch einer deutschen Sanierung zwar nicht mit dem Namen von Wilson, aber mit den Idealen von Wilson rechtfertigen wird. Die Gefahr besteht, daß man unter dem Decknamen dieser

Sanierung die Ottomanisierung Deutschlands und die Balkanisierung Mitteleuropas durchführen, daß man sie, nachdem man sie dem Völkerbunde übertragen hat, als den nach „Maßgabe der Umstände“ verwirklichten Völkerbund auslegen, ja daß man sie als eine „tunliche“ Erfüllung jener vierzehn Punkte beschönigen wird, mit denen der amerikanische Kreuzritter seinen europäischen Friedenszug antrat. Die Gefahr besteht, daß man von dem kümmerlichen und hörigen Leben, das man dem deutschen Volke gerade noch läßt, mit bedauerndem Achselzucken sagen wird, es sei zwar kein ideales Leben, aber jedenfalls das einzig mögliche, für das ein Volk, das sein Schicksal selbst verschuldet habe, noch dankbar sein müsse.

Die Frage bleibt, ob auch unter solchen Sanierungsbedingungen das deutsche Volk für seine Sieger wird arbeiten wollen, nicht ein, nicht zehn Jahre lang, sondern in alle absehbar-unabsehbare Zukunft?

Moeller van den Bruck.

Bücher

Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Seit dem unseligen Vertrag von Versailles hat sich allgemein die Überzeugung verbreitet, daß die wirtschaftliche Erholung Europas von der Lösung der Reparationsfrage abhängt. Die Lösung kann aber nur aus einer unparteiischen Untersuchung des gesamten Reparations-Problems hervorgehen. Diesem Bedürfnis hat das seinerzeit von der Carnegie-Corporation (New York) gegründete Wirtschaftsinstitut (Institute of Economics) Rechnung getragen und unlängst ein Buch veröffentlicht, das der Frage an die Wurzel geht. Es betitelt sich „Germany's Capacity to Pay. A Study of the Reparation Problem“ und wurde mit Hilfe der Institutskräfte von Harold G. Moulton und Constantine E. Mc Guire verfaßt (384 S., 2½ \$, Mc Graw-Hill Book Co., New York).

Um Auslandsschulden dauernd abtragen zu können, muß ein Staat in der Lage sein, seine eigenen Haushaltsausgaben durch regelmäßige Steuereinnahmen zu decken und einen Ausfuhrhandel zu entwickeln, der die notwendige Einfuhr übersteigt. Die amerikanischen Sachverständigen weisen nach, daß die Handelsbilanz Deutschlands von 1894 bis 1913 stets mit einem Defizit abschloß, das sich nur durch die sogenannten „unsichtbaren“ Einnahmen (Erträge ausländischer Anlagen, von Transportgesellschaften und Bankinstituten) in einen Jahresüberschuß von durchschnittlich 400 Millionen Goldmark verwandelt hat. Die deutschen Auslandswerte wurden 1914 auf 20 Milliarden geschätzt; heute betragen sie wahrscheinlich nicht mehr als 2—3 Milliarden. Der Metallbestand (Gold und Silber) des Reiches hat sich seit dem Kriege um die Hälfte verringert. Ein Teil der ertragreichsten Gebiete wurde Deutschland genommen, sodaß es jetzt auf höhere Einfuhr angewiesen ist als früher: wie soll da eine aktive Bilanz möglich sein?

Dennoch hat Deutschland schon große Leistungen gemacht. Die Alliierten bezifferten sie 1923 auf 8 Milliarden, die deutsche Regierung auf 44; Moulton-Mc Guire errechneten einen Betrag von 25—26 Milliarden, wobei aber die abgetretenen Gebiete unberücksichtigt geblieben sind. Diese bisherigen Leistungen erfolgten aber fast ausschließlich aus Kapitalwerten und kommen daher künftighin nicht mehr in Betracht. Das Vermögen Deutschlands, das vor dem Kriege ca. 300 Milliarden betrug, hat sich auf 165, bzw. gar auf 125 Milliarden vermindert. . .

Die deutsche Regierung hat während des Krieges eine schlechte Finanzwirtschaft getrieben. Auch nach dem Kriege hätte manches besser gemacht